

Zustimmung in Stormarn zu CDU-Plänen zur Kindergartenpflicht

Kommt jetzt die Kindergartenpflicht und ein kostenfreies letztes Jahr im Kindergarten? Solche Pläne der CDU treffen in Stormarn auf Zustimmung.

Bad Oldesloe - "Prinzipiell geht es in die richtige Richtung", sagt Kerstin Kölln, Leiterin der Oldesloer Kindertagesstätte Wichtelhausen. Sie findet: "Kinder haben ein Recht auf Bildung." Wie Schule und Studium sollte deshalb auch der Kindertagesstättenbesuch für ein Kind frei sein.

Die ersten sieben Lebensjahre seien schließlich die wichtigsten für die Entwicklung von Bildungsvorgängen beim Kind als Grundvoraussetzung für ein lebenslanges Lernen. Es geht darum, dass Kinder Lern-, Sach- und Sozialkompetenzen entwickeln. Bei der "Investition in die Zukunft" sollten nicht nur die Elternbeiträge fallen. Auch der Personalschlüssel sollte verbessert, die Mittel für Sachkosten erhöht werden. "Wir haben eine Überversorgung mit Kindergartenplätzen von 103 Prozent", so Oldesloes Bürgermeister Tassilo von Bary.

Die Idee hinter dem "Zwangskindergarten" sei, dass vor der Schule möglichst alle Kinder schulfähig gemacht werden. "Wenn der Kindergarten kostenlos angeboten wird, wäre gewährleistet, dass Kinder nicht aus finanziellen Gründen zu Hause bleiben müssen. Dadurch können sprachliche Probleme und Probleme im Lernverhalten vor Beginn der Schulpflicht mit sechs Jahren entdeckt werden", betont auch Kerstin Schriever (41), stellvertretende Leiterin des Awo-Kindergartens Reinfeld.

Von Bary: "Im Prinzip bin ich für den kostenlosen Pflichtbesuch der Kindergärten ab dem dritten Lebensjahr - wenn die Kommunen daran nicht finanziell beteiligt sind." Ein Jahr sei zu knapp, um soziale und sprachliche Defizite aufzuarbeiten.

Holger Schröder, Leiter der Oldesloer Kindertagesstätte Stoppelhopser bezweifelt, ob sich der Aufwand lohnt. Nur etwa fünf bis zehn Prozent der Oldesloer Kinder würden keinen Kindergarten besuchen. Die Diskussion sei "sehr theoretisch". Bei Eltern, die wenig zahlen müssen, habe er festgestellt: Wenn es nichts kostet, ist es auch nichts wert. Alles bleibe unverbindlich und könne beliebig abgesagt werden. Wenn der kostenlose Kindergartenbesuch zur Pflicht werde, sei es okay, so Schröder. Dann gehöre das letzte Kindergartenjahr als "Vorschule" mit zum Bildungssystem dazu.

Schon jetzt arbeiten Schulen und Kindergärten eng zusammen. Die Schulen fragen ab, ob die Kinder Probleme mit der deutschen Sprache haben und nach Ansicht der Kita schulreif seien. Das Fachwissen der Erzieherinnen werde anerkannt.

Theoretisch gebe es genug Kindergartenplätze in Bad Oldesloe. Doch in der Praxis warten hier immer noch Eltern auf einen Kindergartenplatz. Die Platzknappheit kommt durch "auswärtige" Dorfkinder arbeitender Eltern zustande. Denn denen reicht die Zeit von 8 bis 12 Uhr in ihren Kindergärten nicht aus und sie melden ihre Kinder in Oldesloer Ganztagskindertagesstätten an.

Als eine "gute Nachricht besonders für junge Familien in Bargteheide" begrüßt der Bürgermeisterkandidat der CDU Bargteheide, Dr. Henning Görtz, die Entscheidung der CDU-Landtagsfraktion. "Das letzte Jahr in der Kita wird immer mehr zu einer Art Vorschuljahr. Bildung beginnt heutzutage nicht erst in der Schule, sondern schon vorher", so Görtz. Die geplante Regelung würde Jahr für Jahr über 100 Familien in Bargteheide von der Gebührenpflicht befreien. Wenn das Land nun das letzte Jahr vor der Einschulung verpflichtend mache, so sei es konsequent, die Eltern dafür nicht mit Kosten zu belasten. Bargteheide werde damit noch familienfreundlicher, so Görtz.

Für die Leiterin des Trittauer Regenbogenkindergartens, Inger Donder, ist das beitragsfreie Jahr "noch nicht einmal ein Tropfen auf dem heißen Stein". In ihren Augen müsste die komplette Kindergartenzeit kostenfrei sein. "Nordrhein-Westfalen macht das seit über 20 Jahren so", fordert sie Schleswig-Holstein auf gleichzuziehen. Auch Vergleiche mit anderen Ländern in Europa zeigten, dass es sehr gut ohne finanzielle Beteiligung der Eltern funktioniere. "Die Chancengleichheit steigt, wenn die Eltern von Anfang an ihre Kinder zum Nulltarif

unterbringen können." sus/kkm

In-online/lokales vom 08.11.2007 00:00

Quelle im Internet: <http://www.ln-online.de/artikel/2251014>